

Kurzbericht

Unterausschuss "Häfen und Schifffahrt" des Ausschusses für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung

(16. - öffentliche - Sitzung am 30. September 2024)

Tagesordnung:

1. a) **Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2025 (Haushaltsgesetz 2025 - HG 2025 -)**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 19/4900](#) neu
- b) **Mittelfristige Planung des Landes Niedersachsen 2024 bis 2028**
Unterrichtung durch die Landesregierung - [Drs. 19/5206](#)

Der - mitberatende - Unterausschuss behandelt den Einzelplan 09 - Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz -, Kapitel 09 61, unter Einbeziehung der Mipla 2024 bis 2028. Er nimmt die Einbringung durch die Landesregierung entgegen und führt die Allgemeine Aussprache sowie die Einzelberatung durch.

Er schließt die Beratung ohne Änderungsempfehlungen für den federführenden Ausschuss für Haushalt und Finanzen ab.

2. **Unterrichtung durch die Landesregierung über den aktuellen Sachstand über größere Investitionsmaßnahmen der Hafengesellschaft Niedersachsen Ports (NPorts) GmbH & Co. KG**

Der Unterausschuss nimmt die Unterrichtung entgegen und führt darüber eine Aussprache.

3. **Stärkung der maritimen Wirtschaft in Niedersachsen durch nachhaltiges Recycling**
Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/3660](#)

Die Koalitionsfraktionen signalisieren internen Beratungsbedarf. Daraufhin setzt der Unterausschuss diesen Punkt von der Tagesordnung ab. Der Wunsch der Fraktion der CDU, mit einer zusätzlichen Sitzung dafür Sorge zu tragen, dass der Entschließungsantrag im November-Plenum verabschiedet werden kann, findet die Zustimmung der Koalitionsfraktionen.

4. **Die Potenziale der Energiewende als Chance nutzen - Niedersachsens Seehäfen jetzt beim Hafenausbau unterstützen!**
Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/3985](#)

Die Koalitionsfraktionen haben nach der Anhörung, die der Unterausschuss in der 14. Sitzung am 13. August 2024 zu dem Entschließungsantrag durchgeführt hat, internen Beratungsbedarf signalisiert. Die Fraktion der CDU erklärt sich einverstanden damit, die Vorlage eines Änderungsvorschlags oder -antrags der Koalitionsfraktionen weiter abzuwarten, sie dringt angesichts der Aktualität des Antragsgegenstands und der im

Dezember anstehenden Verabschiedung des Landeshaushalts für das Jahr 2025 jedoch darauf, mit einer zusätzlichen Sitzung dafür Sorge zu tragen, dass der Entschließungsantrag im November-Plenum verabschiedet werden kann. Der Unterausschuss beschließt daraufhin einvernehmlich, eine zusätzliche Sitzung durchzuführen. Die Verständigung über den Sitzungstermin soll zwischen dem Ausschussvorsitzenden und den Arbeitskreissprechern erfolgen.

5. **Eine starke maritime Wirtschaft braucht eine leistungsfähige Anbindung des Hafenhinterlandes!**

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/5072](#)

Der Unterausschuss nimmt die Beratungen auf. Auf Antrag der Fraktion der CDU beschließt er einvernehmlich, eine mündliche Unterrichtung durch die Landesregierung entgegenzunehmen. Sie soll in der Sitzung am 19. November 2024 oder in der Sitzung erfolgen, die der Unterausschuss zu TOP 4 beschlossen hat, deren Termin aber noch nicht feststeht.

6. **Unterrichtung zum „Schiffsunfall an der Huntebrücke“**

Der Unterausschuss nimmt die Unterrichtung entgegen und führt darüber eine Aussprache.

7. **Unterrichtung zu den „Auswirkungen der EU-Vorschriften FuelEU Maritime (Artikel 6) und AFIR (Artikel 9) auf die niedersächsischen Häfen und ergriffene Maßnahmen**

Der Unterausschuss nimmt die Unterrichtung entgegen und führt darüber eine Aussprache.

8. **Unterrichtungsantrag zur Drohnensichtung über dem Stader Hafen**

Der Unterausschuss stimmt dem Unterrichtsungsantrag einvernehmlich zu. Die Fraktion der CDU weist darauf hin, dass auch im Raum Wilhelmshaven Drohnen gesichtet worden sind. Daraufhin bittet der Unterausschuss die Landesregierung, den Unterausschuss nicht nur über die Drohnensichtung über dem Stader Hafen, sondern auch über andere ihr bekannte Fälle zu unterrichten.

9. **Terminangelegenheiten**

Informationen zu der Parlamentarischen Informationsreise nach Portugal im März 2025

Der Unterausschuss bereitet seine Reise weiter vor.